

DAZ

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Saalkreis



Das "Dazblatt" erscheint mit täglichen Belägen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlicher Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Dr. Wäckerle & Fernberg-Andrä. Nr. 2405, 2407, 2600. Persönliche Anstaltsverwaltung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein das Rückporto beizufügen.

Wochenpreis monatlich 1,50 und 0,50 Wkt. Subskriptionspreis 2,10 Wkt. für 6 Wochen monatlich 0,45 Wkt. Vierteljahrespreis 2,10 Wkt. durch Postboten zugestellt 2,50 Wkt. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 Wkt. — Einzelheft 13 Wkt. im Einzelnen und 80 Wkt. im Restheft mit der Wäckerle- und Fernberg-Andrä-Verlagsbuchhandlung: Dr. Wäckerle & Fernberg 2405, 2407, 2600. Postfach 2019 Grotzsch.

Die Unzufriedenheit und Zerfetzungserscheinungen in den Naziorganisationen Entfernt Hitler das „Geschwür Röhms“? Enthüllungen über den 13. August / Als Hitler bei Hindenburg war

In den nationalsozialistischen Organisationen machen sich diese Unzufriedenheit und Zerfetzungserscheinungen geltend. In der Stellinger Organisation hat die Frage der Sammlung zu einer Rebellion geführt. Unter dem Vorwand der Sammlung für die SA-Heime haben beantragte und nicht beantragte Mitglieder der Nationalsozialisten in Potsdam außerordentlich große Mengen von Lebensmitteln, Brot, Getreide, Kartoffeln, Speck, Schmalz, Eier, Hülsenfrüchte, Fleisch und sonstige Nahrungsmittel von den Grundbesitzern erhalten. Des Sammelns wurde hauptsächlich von der SA-Zentrale. Ein SA-Stabsführer als der zuständige Führer der Nazis sammelte die Sammlungsgegenstände. All die gesammelten Liebesgaben sind in Wohnungen in die Geschäfte getrieben worden. Kartoffeln, die angeblich für SA-Zentrale bestimmt waren, wurden an Restaurants verkauft, gesammelte Getreidemengen an Futtermittelhändler. Der Leiter von Potsdam hat förmlich bei den Potsdamer Pommer-Bezirk die Benutzung dieser Sammlungsgegenstände verboten. Die Verwendung der gesammelten Liebesgaben wurde der SA abgenommen und der Nazi-Gruppenleiter übertragen. Deswegen gab es bei der SA in Westpommern eine regelrechte

Revolution. Man drohte mit der Besetzung des Gaubüros, mit der Wegnahme des Autos des Gauleiters — ein Kompressor-Wagen, der 27 000 Mark gekostet hat. Die Besetzung überleitete jedoch SA-Heime, um die Revolution zu verhindern. Man wußte man sich gegenseitig die Zerschlagung der Korruption und der Unterklasse an den Kopf.

In der hannoverschen Nazi-Partei hat sich eine ziemlich scharfe Opposition gebildet, die gegen die Führerschaft und gegen das Treiben gewisser Führergruppen angeht. Sie läßt in der hannoverschen SA geheime Rundschreiben zirkulieren, in denen die Behauptung aufgestellt wird, daß die Parteileitung zum Teil unterdrückt worden seien. Der Untergruppenführer in Nazi-Parteien, der als „Geschwür Röhms“ genannt, ist in Bewegung gesetzt worden.

In Braunschweig hat ein bedeutendes Fest in einer nationalsozialistischen Versammlung ein Teil der Nazis unter Führung eines gewissen Dr. von Heyman förmlich die Zerschlagung des Gaules Röhms gefordert.

Heyman verlangte, daß „das Geschwür Röhms“ entfernt werde. Die Antwort darauf war, daß Heyman und die Seinen aus dem Saal gedrängt wurden und daß Heyman ausgeschlossen wurde. Am Sonntag haben die ausgeschlossenen eine eigene Versammlung veranstaltet, in der der ausgeschlossene Heyman über den Fall Röhms sprach. In dieser Versammlung behauptete übrigens ein Redner der Schwarzen Front namens Grubendorf, daß sich die Unterhaltung zwischen Hindenburg und Hitler am 13. August folgendermaßen abgepielt habe:

Hindenburg fragte: „Sagen Sie mir mal, wollen Sie nun einsteigen oder nicht? Hitler antwortete: Ich bin eine längere Erklärung abzugeben, aber im zweiten Satz schneit ihm Hindenburg mit den Worten die Rede ab: „Na, denn nicht!“ Hitler war so betroffen, daß er sich weigerte zur Tür zu wandern. Kurz bevor er sie erreichte, rief ihm Hindenburg noch zu: „Herr Hitler, das eine sage ich Ihnen aber: machen Sie keine Dummscherten, sonst können Sie mich erlösen!“

Der Reichsaussenminister hat darauf am 1. Oktober folgende Antwort erteilt: Sehr geehrter Herr Dr. Frick! Mit bestem Dank bestätige ich den Eingang Ihres gefl. Schreibens vom 29. v. M. Den Inhalt eines politischen Gehörtenausweises zwischen der Reichsregierung und dem Auswärtigen Ausschuss will ich keineswegs in Worte fassen. Zu meinem Bedauern ist es jedoch nicht in der Lage, vor dem Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, solange nicht die Äyten bestimmte Fragen der Zeitnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt ist. Was den von Ihnen in Aussicht genommenen Termin betrifft, so darf ich ergehen darauf hinweisen, daß die Vorbereitungsarbeiten voraussichtlich am 11. Oktober noch nicht abgeschlossen ist, so daß — vorausgesetzt, daß die prinzipielle Frage geregelt ist — die Hinschiebung des Termins zu empfehlen wäre.

Empörte Nazi-Opposition in Schlesien

Angst vor der „erschütternden Niederlage“ zur Wahl

Breslau, 3. Oktober. Auch in Schlesien macht der Nazi-Ad in allen Ecken in den größten Dringungsgruppen beginnt sich eine fröhliche Opposition herauszubilden. Hier und dort ist die innere Zersplitterung der NSDAP bereits soweit geblieben, daß die mit der Kongratore in der Parteiorganisation Unzufriedenen einen eigenen Vertrauensmännerkörper aufzulegen. Näheren Ausschluß über diese Entwicklung gibt nachstehendes Rundschreiben, das ein glühender Wind früher Tage der „Schlesischen Bewegung“, dem sozialdemokratischen Blatt in Waldenburg auf den Redaktionstisch lagte.

Breslau, den 20. September 1932. Werte Pa. und Pgs! Jetzt zeigt sich auf der ganzen Linie, wie berechtigt die Warnungsrufe der Opposition in der NSDAP gewesen sind. Aber systematisch und brutal wurden wir mundtot gemacht. Wer sagt es heute noch, unsere rechtzeitig angewandte Kritik als unbedeutend, oder, wie man immer so schön sagte, als Einflüßer zu bezeichnen. Werte Pa. und Pgs! Was haben die verurteilten Führer aus unserer herrlichen Bewegung gemacht! Wir stehen schon wieder einmal vor Neuwahlen; es liegt sehr schon fern, daß diese Wahlen für uns eine zerschmetternde Niederlage bringen werden.

arme Volk. Aber welches Offentheater spielte sich denn dann noch ab. Hitler legte trotz den angebotenen Teil der Macht ab, er wollte die ganze Macht haben. Dann aber verbannte man wachsam mit den Jesuiten zum Zentrum über eine Regierungsbildung. Sind denn unsere Führer überhaupt noch ernst zu nehmende Politiker?

Erst lehnt man ab, dann verhandelt man wachsam mit dem verräterischen Zentrum. Glaube man vielleicht dadurch die ganze Macht zu erhalten! Freilich, Hitler, Goebbels, Stroger und all die anderen sind reich geworden, in der Zeit, wo wir immer ärmer wurden. Es ist gar nicht schwer, zu prophezeien, wie diese Wahl für

Länder gegen Papens „Reichsreform“

Scharfe Ablehnung durch den bairischen Staatspräsidenten / Barone polemisieren

Während Freiber von Berner im Auftrag des Kabinetts der Barone in Baden Reichsreform in den Ländern umherreist, hat das Reichsinnenministerium mit den Vorarbeiten zu einer Verfassungs- und Reichsreform begonnen. Es soll sich dabei vor allem um reaktionäre Wahlreformpläne und um den Ausbau des Reichsrechts zu einem Oberhaus handeln. Trotz der Protesten des Herrn von Berner selbst hat Reichsminister der Barone bei den Ländern auf wenig Gegenliebe. Wie hart die Gegenliebe sind, hat eine Rede gesagt, die der dem Zentrum angehörende bairische Staatspräsident Schmitt auf dem Bundesparteitag des Zentrums in Dffenburg gehalten hat.

Schmitt erklärte, daß die Länder sich ihre Rechte nicht nehmen lassen würden und daß der Gehalt der Erklärung des Reichsrats durch ein Oberhaus der bundesstaatlichen Konstitution des Reiches widersprechen würde.

Schmitt in höchst massiven und beleidigenden Tönen polemisiert. Die Herren Barone werden bei ihren Lehren noch weitere Unfälle erleben und die sogenannte Verfassungsreform, die sie vorbereiten lassen, wird für immer auf dem Papier bleiben!

Reichsrat tagt nicht

Vor der Entschcheidung des Staatsgerichtshofes

Da der Verhandlungstermin in dem Reichsgericht zwischen Preußen und dem Reich vor dem Staatsgerichtshof nun auf den 10. Oktober festgelegt ist, dürfte der Reichsrat innerhalb der wenigen Tage bis zu diesem Termin nicht mehr zusammenzutreten. Man ist wohl an zuständiger Stelle der Ansicht, daß es keinen Sinn hätte, die Streitfrage über die preussische Vertretungsbezugnis im Reichsrat so kurz vor der Verhandlung des Staatsgerichtshofes nochmals aufzuwerfen zu lassen. Dagegen dürfte noch erfolgter Entscheidung des Staatsgerichtshofes der Reichsrat keine Beratungen mit aller Bestätigung wieder aufnehmen.

Auswärtiger Ausschuss

Am 11. Oktober / Ohne den Außenminister

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, Abg. Dr. Frick (Nst.), hat nunmehr den Ausschuss für Dienstag, den 11. d. M., zu einer Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung steht der „Bericht über die Casanower Verhandlungen“.

Vor der Aufhebung des Termins für die Tagung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages hat zwischen dem Ausschussvorsitzenden Dr. Frick und dem Reichsaussenminister Freyherm von Neurath ein Briefwechsel stattgefunden. Dr. Frick hat am 29. September folgendes Schreiben an den Minister gerichtet:

Sehr geehrter Herr Minister! Reichstagsmitglieder des Auswärtigen Ausschusses haben die Einberufung des Ausschusses beklagt. Ich würde mir vorstellen, daß die Reichsregierung selbst im Hinblick auf die schwierige außenpolitische Lage des Reiches Wert darauf legt, mit dem Auswärtigen Ausschuss in Kontakt zu treten, um womöglich eine Einigung für ihre Politik zu finden. Ich beabsichtige daher, den Ausschuss auf Dienstag, den 11. Oktober 1932, vormittags 11 Uhr, einzuberufen mit der Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen in Casanowa über die Währungsfrage und über die Währungsreform und bitte um Mitteilung, ob der Herr Reichsaussenminister bereit ist, in dieser Sitzung des Ausschusses zu erscheinen.

Mit vorzüglicher Hochachtung 893 Frick.

Der Reichsaussenminister hat darauf am 1. Oktober folgende Antwort erteilt:

Sehr geehrter Herr Dr. Frick! Mit bestem Dank bestätige ich den Eingang Ihres gefl. Schreibens vom 29. v. M. Den Inhalt eines politischen Gehörtenausweises zwischen der Reichsregierung und dem Auswärtigen Ausschuss will ich keineswegs in Worte fassen. Zu meinem Bedauern ist es jedoch nicht in der Lage, vor dem Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, solange nicht die Äyten bestimmte Fragen der Zeitnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt ist. Was den von Ihnen in Aussicht genommenen Termin betrifft, so darf ich ergehen darauf hinweisen, daß die Vorbereitungsarbeiten voraussichtlich am 11. Oktober noch nicht abgeschlossen ist, so daß — vorausgesetzt, daß die prinzipielle Frage geregelt ist — die Hinschiebung des Termins zu empfehlen wäre.

Mit vorzüglicher Hochachtung 924 v. Neurath.

Internationale Faschistenabwehr

Kommissionenberatungen in Berlin

Am 2. Oktober tagten in Berlin unter dem Vorsitz Bruno Kadner (Österreich) die Vertreter der Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus. Es nahmen daran teil: Dr. Belgien; Vandervort und Vandermillen, für Deutschland; Höllermann und Jert, für Österreich; Eow und Eifer, für die Tschechoslowakei (Kufflig); Wilmann, Vertreter vor aus der JGD, durch Stolz und die Arbeiterorganisationen internationalen durch Bildung und Führen.

Die Konferenz nahm die Berichte der Ländervertreter über die Lage in ihren Ländern zur Kenntnis. Die Delegierten tauschten die Erfahrungen aus, die die Abwehrorganisationen im Kampf gegen den Faschismus gemacht hatten. Die Konferenz schloß ihre Arbeit über die Lage und die fernere Tätigkeit in einer abschließenden Zusammenkunft, bei der die Teilnehmer sich als internationale Kampforganisation gegen den Faschismus im Namen der Freiheit und der Gerechtigkeit erklärten.



Röbelschifftransport arbeitet

Hoher Erfolg der Berliner Streikenden

Die Berliner Röbelschifftransportarbeiter haben den Tarifvertrag über den Interessenerfolg durchgesetzt. Bei den Schiffsverkehrsgesellschaften, die von dem Streik betroffen waren, haben die Streikenden noch einmal einen Verhöhrungserfolg unterzogen.

Die wöchentlichen Verhandlungen um acht Tage verlagert haben, um dann, wie es erklärten, eine gründliche Tarifverhandlung herbeizuführen. Die Röbelschifftransportarbeiter ließen sich aber durch diese Rücksicht nicht in den geplanten neuen Schiffsverkehr hineinsteigern. Sie hatten keine Lust, mit der Ausweitung zu warten, bis das große Umgebot erfüllt werden war. Infolgedessen mußte sofort ein Schiffsverkehr gestillt werden. Der Streik steht vor, daß die bisherigen Lohn- und Tarifbestimmungen unangetändert bis Februar in Geltung bleiben.

Die Röbelschifftransportarbeiter werden sofort zu dem Spruch Stellung nehmen, damit rasch klare Verhältnisse geschaffen werden. Der Berliner Bevölkerung sind durch den Schiffsverkehr der Interessen bereits genug Schrecken erschlössen. Es ist damit zu rechnen, daß der Streik unumkehrbar beendet wird. Die Berliner Röbelschifftransportarbeiter haben durch ihr geschlossenes Verhalten und durch geschickte gemeinschaftliche Forderung einen Erfolg erzielt.

Die weiteren Arbeitskämpfe

Der Streik der Hochseffischer in vollem Gange. Überall haben sich die Forderungen der Fiskalbeamten der Streikbewegung angegeschlossen. Ein einziger Fiskalbeamter in der Gegend. Die Forderungen sind in Höhe von 100 Prozent. Die Fiskalbeamten sind in den Unterwerfungsbüros der Streikpolizei Folge gesteuert. Auch in Österreich konnten am Ende zwei Fiskalbeamter nicht auslaufen.

Der Bestand der Deutschen Hochseffischen, die den Tarifvertrag gestillt haben, rief den Schiffsverkehrsausschuss in Bremen an.

Die durch die Schiffsverkehrsgesellschaften wieder beibehaltenen Forderungen der Arbeiter haben immer neue Ausschreitungen hervorgerufen. Bei den Bayerischen Schiffsverkehrsgesellschaften, Kapitan Pappe H. G. ist die Besetzung wegen einer auf Grund der Besetzung erfolgten Schiffsveränderung um 12 1/2 Prozent gestiegen.

Bei der Zellulose- und Papierfabrik H. G. Mainz-Rothheim trat der größte Teil der Belegschaft in Streik, da ein Schiffsvertrag den Lohn der Arbeiter um 8 auf 40 Stunden um 5 Prozent erhöhen will.

Bei der Großschiffbauerei Giesels in Leipzig ist die gesamte Belegschaft in Stärke von 200 Köpfen wegen Lohnforderungen in Streik getreten.

Bei den Industrievertrag und der Drucker H. G. in Düsseldorf trat die Hilfsarbeiter wegen eines im Schiffsvertrag vorgesehenen Lohnabzuges in Streik.

Die Firma Peterswald's Schiffsfabrik in Heilbronn hat die Streiterklärung der Belegschaft mit sofortigen Maßnahmen beantwortet.

Immer von neuem erfolgen Tarifänderungen lediglich zum Zwecke von Lohnsenkungen, so z. B. bei der Amberger Maschinenbau und in der Westdeutschen Hartsteinindustrie.

Am Tarifvertrag des Hamburger Verkehrsverbandes sind die am Montag nachgehenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ergebnislos geblieben. Die Entscheidung liegt nun bei dem Reichsarbeitsminister.

Der Streik der technischen Personals im Schiffsverkehr ist beendet. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte nicht, wie in einem Teil der Presse behauptet wird, bedingungslos, sondern erst nach der Zustimmung, daß über die Lohnforderungen zwischen den Organisationsverbänden verhandelt wird. Alle Streitenden erhielten wieder ihre Arbeitsplätze.

Frank entlassen

Oesterreichs Sündenbock für den Dapenkurs

Wie wir erfahren, ist der österreichische Gesandte Dr. Felix Frank, der gestern wegen aus Wien zurückgekehrt ist, von seinem Posten in Form abberufen worden, die gerade von einer Entlassung gleichkommen.

Der der Großauswärtigen Partei angehörende frühere Dapenminister Frank hat sich in den letzten Jahren seiner Berliner Gesandtschaftstätigkeit allgemeine Sympathien erworben und hatte einen hervorragenden Anteil an der Befestigung der engen Bande zwischen Deutschland und Oesterreich.

Stahlsheim und Hindenburg

Der Friedensvertrag zwischen Stahlsheim und Hindenburg ist befristet. Sedde und Duestenberg sind zur Delegation der Hindenburg ernannt worden.

Durcheinander der Kontingentierung

Einigung mit Belgien / Italien drohelt deutsche Einfuhr!

Die Konjunktur um die Kontingentierungspolitik der Regierung von Japan wird immer größer und bedauerlicher. Gewiss, es ist die Schuldlosigkeit, daß sie sich die Kontingentierungspolitik der Japan-Regierung nicht anders ausgelegt habe. In der agrarischen Politik, z. B. in der „Deutschen Tageszeitung“ wird in diesem Zusammenhang von „Bessert und Landesbesitzer“ gesprochen. Das andere muß es die Japan-Regierung erleben, daß Italien, von dem die sogenannten westlichen Kreise in Deutschland seit längerem als von einer bedauernden Nation sprechen, jetzt Drostungen und Rückschlüsse der deutschen Bevölkerung nach Italien enthält. Die italienischen Drostungen, außerordentlich in ihrer Art, stehen nicht in direktem Zusammenhang mit der deutschen Kontingentierung, aber sie sind eine gewisse Art davon bezeichnend.

Jedenfalls bekommt die deutsche Kontingentierungskommission, die unter Führung eines Ministerialrats vom Reichsernährungsministerium mit Rundreisebüro Europa durchgeführt, durch die italienischen Verhandlungen einen Vorstoß, in welchem die Regierung die Japan-Regierung mit ihrer Kontingentierung gefordert hat.

Die deutsche Kontingentierungskommission weiß gegenwärtig in Holland und wird sich nach einem Gespräch in Paris nach Rom begeben. Ihre Arbeit hat sie vorerst in Brüssel erledigt und man muß es dem Ministerialrat Walter, der die Kommission führt, bedauern, daß sich die Dinge in Brüssel leicht abgemildert haben. Nach befristeten Verhandlungen haben die Kontingentierungskommissionen in Holland und die Japan-Regierung in Paris nach Rom begeben. Ihre Arbeit hat sie vorerst in Brüssel erledigt und man muß es dem Ministerialrat Walter, der die Kommission führt, bedauern, daß sich die Dinge in Brüssel leicht abgemildert haben. Nach befristeten Verhandlungen haben die Kontingentierungskommissionen in Holland und die Japan-Regierung in Paris nach Rom begeben. Ihre Arbeit hat sie vorerst in Brüssel erledigt und man muß es dem Ministerialrat Walter, der die Kommission führt, bedauern, daß sich die Dinge in Brüssel leicht abgemildert haben.

Man wird sich wundern, daß die Einigung in Brüssel so schnell erzielt werden konnte. Man wird sich aber nicht wundern, daß das andere, z. B. in Holland und Italien, ebenfalls schnell geht wird.

Das Geheimnis für die schnelle Brüsseler Lösung liegt darin, daß die Ausfuhr belgischer Waren nach Deutschland, die von der Kontingentierung erlaubt werden, nicht, wie man annimmt, 2 Millionen Mark pro Jahr ausmachen. Unter das deutsch-belgische Kontingentierungsabkommen fallen noch nicht einmal 8 Prozent der belgischen Warenzufuhr nach Deutschland. Um ein solches Objekt streitet man selbstverständlich nicht.

Wie es aber anderswo werden wird, lassen die oben erwähnten italienischen Drostungen ahnen. Italien hat angekündigt, daß es in Zukunft nur solche deutschen Waren hereinlassen wird, die aus einheimischen deutschen Gewerken in Italien bezahlt werden können. Am liebsten will Italien die Devisenzuteilung für die deutsche Warenzufuhr auf 25 Prozent runtersetzen. Diese angekündigten italienischen Maßnahmen haben mit der deutschen Kontingentierungspolitik nicht unmittelbar zu tun. Schon vor Monaten, im Winter 1931/32, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der italienischen und deutschen Regierung, weil sich die italienische Regierung darüber beschwerte, daß die deutsche Regierung nur ungenügend Devisen für die Einfuhr italienischer Waren nach Deutschland zur Verfügung stellt. Am 1. Februar 1932 wurde dieser Streit durch ein Abkommen beendet, wonach die deutschen Importeure die von Italien bezogenen Waren so bezahlen konnten, daß sie Reichsmark bei italienischen Banken einzahlten.

Dieses Abkommen hat die deutsche Regierung vor einigen Tagen am 1. Oktober gekündigt. Als Antwort darauf will Italien nun nur noch 25 Prozent Devisen für die Einfuhr deutscher Waren zur Verfügung stellen.

Es beruht sich darauf, daß der Satz von 50 Prozent, der allgemein für die deutsche Devisenzuteilung gilt, sich auf die bereits eingeschränkte Einfuhr des Jahres 1931 bezieht und daß diese 50 Prozent in Wirklichkeit nur 25 Prozent der normalen Einfuhr ausmachen. Die Schwärze, mit der Italien diese Repressalien ankündigt, läßt klar erkennen, daß die deutsche Kontingentierung in Italien viel böses Blut gemacht hat. Obwohl Italien bei der Befestigung der Kontingente nach allgemeinem Urteil — man sprach hier von einer politischen Seite und von Rücksichtnahme gegenüber Italien, das in der Wirtschaftfrage Stundt machen wollte — sehr günstig weggegangen ist.

Die Einigung in Brüssel hat, wie wir bereits oben bemerkt haben, die deutschen Agrarier sehr verärgert, soweit vernehmlich, daß man von Verzicht dabei. Dabei stützen sich die Großgrundbesitzer auf die Rede des Reichsernährungsministers Reichert von Braun in München, in der dieser mitteilte, daß die Kontingente bereits festgelegt seien. In großgrundbesitzigen Kreisen dachte man sich

den Ablauf der Dinge so, daß den übrigen Ländern durch einen Ministerialrat kurz und bündig mitgeteilt würde, daß die Einfuhr von Getreide nicht gehalten, das was zu verhandeln. Diesen Weg hat die Regierung Japan nicht eingeschlagen. Sie hat wohl davon getraut, Verhandlungen in dem Umfang zu zerlegen, wie das die Großgrundbesitzer wünschen. Die Agrarier betonen sich aber auf dem Münchener Ausdruck des Reichsernährungsministers.

Nun ist bekannt, daß sich der Reichsernährungsminister nicht zufrieden für die Kontingentierung erweist. Zum mindesten sind der Finanzminister,

der Außen- und der Wirtschaftsminister Gegner der Kontingentierung, während man von dem Reichsernährungsminister nicht weiß, wie er gegenüber steht.

Wenn man so ist, dann handelt es sich auch bei dem Vorliegen des Reichsernährungsministers um einen Sündenbock, der an die frische Luft unter Wilhelm II. ernannt, von dessen politischer diplomatischer Einwirkung einer feineren wichtigen Mitarbeiter, der Geheimrat von Hofmann, in einem kürzlich veröffentlichten Brief sagte, es gehe alles durcheinander und man glaube nicht, wie dort „gehaltener“ wird.

Völkerverbundsrat soll entscheiden

Bericht über sinesisch-japanischen Konflikt in der Mandchurei

Genf, 2. Oktober.

Eigener Bericht

Der am Sonntag in Genf, Tokio und Nanjing veröffentlichte Bericht der Untersuchungskommission des Völkerverbundes für den Mandchurienkonflikt ist das typische Produkt jener Realpolitik, welche die Vertreter der Großmächte zwar die offene Vergewaltigung eines militärisch schwachen Volkes klar erkennen läßt, aber die Regelung des Streitfalls ganz von dem Willen der stärkeren Mächte abhängig macht.

Die Bedingungen für eine befriedigende Lösung zählt der Bericht in seiner Schlussfolgerung auf:

1. Die Vereinbarkeit mit dem Vortell Chinas und Japans;
2. gerechte Berücksichtigung der Interessen Sondereuropas;
3. Anerkennung der Rechte Japans in der Mandchurei;
4. Anerkennung der Rechte Japans in der Mandchurei;
5. Neuanerkennung der Rechte, Interessen und Verantwortlichkeiten Chinas und Japans in der Mandchurei;
6. wirksame Maßnahmen zur Regelung späterer Differenzen;
7. lokale Selbstverwaltung der Mandchurei unter Wahrung der Souveränität und Unverletzlichkeit der Verwaltung durch China;
8. Sicherung der inneren Ordnung durch lokale Gendarmerie und Sicherung gegen Angriffe von außen durch Zurückziehung sämtlicher Truppen Chinas und Japans sowie Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen allen interessierten Mächten;
9. Abschluß eines neuen Handelsvertrages zwischen China und Japan unter Ausgleich der gegenseitigen Interessen;

Sammelt sich die Mitte noch?

Neue Versuche von Sachsen aus

Dresden, 2. Oktober.

Nachdem die Sammlungsversuche der bürgerlichen Mitte kürzlich in Berlin gescheitert sind, wird jetzt von Sachsen aus ein gleicher Versuch noch einmal unternommen. Die Wirtschaftspartei hielt am Montag in Dresden eine Bundesvertreterversammlung ab, die einen Aufruf beschloß, worin das gesamte sächsische Bürgertum aufgefordert wird, sich zu einem Bürgerbund zusammenzuschließen und diesem seine Stimme zu geben. Die alten Parteien werden aufgefordert, zunächst nur für diesen Wahlkampf — unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit — auf eigene Kandidaten zu verzichten. Die Wirtschaftspartei erklärt sich zu solchen Versuchen bereit. Es besteht kaum Aussicht, daß diesem neuen Versuch mehr Erfolg beschieden sein wird als den Bemühungen der Reichsvertretungen der Mittelparteien.

Flüchtiger Bankier

Der der Devisenbeschaffung beschuldigte Berliner Bankier Johann Julius Bedet ist geflüchtet. Bedet sollte sich am kommenden Mittwoch vor dem Schnellhöffengericht Berlin-Wilte verantworten. Die Zahlung einer Kaution von 30 000 Mark hatte ihn vor der Untersuchungshaft verschont.

Postauto überfallen

In der Nähe von Althofen (Kärnten) wurde ein Postauto überfallen. Die Räuber erbeuteten 14 000 Schilling.

Geldräuber gefaßt!

In Schwarzenberg (Ergebitz) wurden der Gaubler Carl Endl und sein Bruder Ernst Endl, ein Schumacher aus Chemnitz, als Anführer des Raubüberfalls auf den Kohletransporter der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt gefaßt. Die Täter selbst, vier junge Männer, waren bereits am Tag zuvor festgenommen worden. Ein Teil der erbeuteten 30 000 Mark konnte beschlagnahmt werden. Die Verbrecher hatten ihre Beute im Walde bei Gelnhausen vergraben.

Karl Streder begnadigt

Der vom Schumagergericht Potsdam wegen Beschuldigung an dem Jahr Zuschuss verurteilte Schriftsteller Karl Streder wurde auf Grund eines Gnabengesetzes des „Verbanes deutscher Erzähler“ und der Spruchinstanz selbst zu einem Jahr Gefängnis begnadigt. In den Gnabengesetzen wurde auf die bis zur Begnadigung der Straftat moralische Persönlichkeit des Verurteilten hingewiesen.

Lod vom Termin

Am Montag sollte sich vor dem Schnellhöffengericht Berlin-Wilte der Hilfsarbeiter Dr. Sedde, der die preussische Staatsbibliothek um 1200 Bände im Wert von 60 000 Mark geklaut hat, verantworten. Die Verhandlung fiel aus, da — der Angeklagte unmittelbar vor dem Termin gestorben ist.

Hotelbrand

Das bekannte „Hotel Harmonie“ in Hoesl von Holland wurde durch Großfeuer eingeeigert. Der Brand ist durch Unachtsamkeit entstanden.



Der Zwidel

Der Zwidel ist bei jedem Weinhändler zu finden. Er ist ein sehr wertvolles Getränk, das aus dem besten Wein hergestellt wird. Er ist ein sehr gesundes Getränk, das bei jeder Krankheit empfohlen wird.

Was muß das für Weib gefolter haben, herzensverloren, daß die neue Wobelfleim „angeschnittene Beine“ und einen „Zwidel“ aufweisen muß. Wieviele Hofbesitzer werden da heimlich nachsehen? Für die meisten Frauen wird es etwas rätselhaft sein, was „angeschnittene Beine“ und ein „Zwidel“ ist. Im allgemeinen versteht man darunter eine Stoffe. Wenn man zum Beispiel einem Stiefelwerkzeug zu nahe kommt, kann es passieren, daß man sich einen Zwidel in die neue Sohle reißt. Umgelegt kann man sich natürlich auch einen Zwidel irgendwo aufstecken. Aber das „Irgendwo“ ist es nun gerade. Was das Herr Dr. Wobler nicht in seiner Verordnung angegeben, wo denn nur der Zwidel sitzen soll. Soll der oben oder unten, vorn oder hinten angebracht werden? Wir brauchen da bestimmt noch nähere Ausführungsbestimmungen.

Kann aber gar die „angeschnittene Beine“? Das ist direkt eine verdammt Angelegenheit. Man könnte vielleicht an eine Wobelfleim ansetzen, oder welche ansetzen? Einfach unvorstellbar! Möglich, daß der Herr Reichsminister bestimmen würde, daß die Wobelfleim und -anläge bestimmten Befolgen müssen.

Die unklaren Bestimmungen über die wichtigsten Teile der neuen Wobelfleim, jener Bestimmungen gerade der Teile des menschlichen Körpers, wo er am interessantesten ist, sind sicherlich Ausdruck des überaus hohen Schmeißens, das mit der neuen Staatsführung über uns gekommen ist. Denn der andere Teil der Verordnung ist um so aufschreiender. Da heißt es so gar: „Der Zwidel“ „an der Vorderseite des Oberkörpers“ „bedeckt sein müssen.“ Wer beschafft es einmal, Druck und Druck, um die Vorderseite des Oberkörpers zu bedecken? Wer das fertig bringt, bekommt einen Steuerertragungschein!

Aber ganz egal: Jetzt ist die Moral bestimmt geteilt! Der Zwidel wird uns behüten, niemals wieder auf schlechte Gedanken zu kommen. F. H.

Halles Bürgermeister bestätigt

Die Wahl des Bürgermeisters bestätigt die Wahl des Bürgermeisters und des Stadtrates Dr. Max zum Bürgermeister von Halle hat das Staatsministerium bereits am 24. September bestätigt.

Die Wahl der beiden Herren erfolgte am 12. September. Ihre Bestätigung machte Herrn Braut also nicht solchen Kammer wie die Wahl des Halleser Bürgermeisters.

Die Verwaltungskonferenz der Provinz Sachsen eröffnet am 31. Oktober das Wintersemester. Es sind Vorlesungen vorgesehen von den Universitäts-Professoren Fleischmann, Singer, Studol, Schmidt, Rubin, Fahn und Bürgermeister Balthasar. Einleitende Vorlesungen finden in den Räumen der Geschäftsstelle, Berliner Str. 1, angenommen.

Die Ehefrau erstochen

Bitterfelder Totschläger vor den Geschworenen - Das Urteil: 6 Jahre Zuchthaus

Einen Grenzfall von Mord und Totschlag machte der Oberstaatsanwalt Dr. Zuther den Geschworenen am Montag vor dem Schwurgericht in Halle zu entscheiden haben. Angeklagt war der Arbeiter Kurt Lind aus Bitterfeld, der am 18. Mai in Sandersdorf seine Ehefrau durch sieben Messerstiche daran verletzte hatte, daß sie wenige Stunden darauf verstarb.

Lind war mit seiner Frau in zweiter Ehe verheiratet. In erster Ehe bereits geschieden, hatte er auch in seiner zweiten sehr bald Differenzen gegeben, weil er, ein außerordentlich und wenig beachteter Mensch, doch maglos eierfleglich, seine Frau sehr oft beschimpfte und schlug. Die schlechte Behandlung veranlaßte diese, mit ihrem kleinen Kinde von ihrem Mann wegzugehen und nach Sandersdorf zu ziehen. Lind verführte seine Frau zurückzukommen, obwohl von ihr mittlerweile die Scheidung eingebracht worden war. Am 18. April, genau einen Monat vor der unglücklichen Tat, hatte die Eheleute in Bitterfeld Sühneterrain. Im Zuge des Antisiegens stellte er seine Frau, die mit ihrer Wirtin aus Sandersdorf erkrankt war und fragte sie, ob sie wieder zu ihm zurückkehren wolle.

Auf die anfängliche Weigerung zog er die Wirtin aus der Tasche, und mit den Worten: „Wirst du mir wieder gut sein“, drang er auf die Frau ein.

In ihrer Angst die Hände hoch hob und sich schließlich auch bereit erklärte, zu ihrem Mann zurückzukehren. In der Wohnung fragte die Frau noch, ob das mit der Ehere nicht bloß Scherz gewesen wäre, worauf er ihr antwortete: „Nein, diesmal hätte ich zugehört.“ Das Ehepaar lebte dann nur wenige Tage, dann war der Brand abgemacht. Am 18. Mai, Sonntag, feierte er die Hochzeit mit seiner Frau, um durch deren Vermittlung die Sache erneut einzurichten zu lassen. Auch bei dem Gelächter mit dem Vater, der sich in dieser Vermittlung nicht bereit erklären wollte, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung, die in der Verhandlung außerordentlich schwer ins Gewicht fiel. Als ihm sein Schwiegervater darauf aufmerksam machte, daß es zwischen seiner Tochter und ihm doch keinen Zweck mehr habe, das Eheverhältnis aufrechtzuerhalten, sagte er: „Die bestimt mit einem anderen Mann, eher folgt sie ihrem Bruder Paul nach.“ Paul war kurze Zeit vorher freigesetzt worden.

Mißlicher Tod eines Kindes

Wie ist der kleine Herbert erkrankt? Am Sonntag gegen 18.30 Uhr ist die Leiche des 4 Jahre alten Kindes Herbert Zanner in der Nähe der Rabelshütte aus der Wälden Gasse gefunden. Nach den bisherigen Feststellungen hat das Kind, während sein Vater dem Fußballspiel auf der Weidung zusehete, mit anderen Kindern in der Nähe der Fußballplätze gespielt, sich dann aber entfernt. Das Kind ist zuletzt noch gegen 17.30 Uhr gesehen worden.

wollig aus dem Leben geschieden. Es kam nunmehr auf die die Frau aber nicht reagiert.

Das ist die kurze Vorgeschichte. Am Tage der Tat machte sich Lind morgens mit dem Kinde nach Sandersdorf auf. Als er an das Haus kam, in dem seine Frau wohnte, fand er sie verstorben und kletterte deshalb durch ein Klotzfenster hinein. Im zweiten Stock traf er seine Frau, die gerade im Begriff war, Wäsche nach unten zu tragen. Sie ging mit ihm in die Küche zurück, und was sich nunmehr abspielte, war das Werk weniger Minuten. Die Wirtin: „Sei wieder gut zu mir und drück mich mal!“ schrie die Frau L. an und sagte lebhafte: „Nein, nein. Du bist ja so schön und schlägst mich bloß wieder.“ Diese Antwort raubte dem Angeklagten den Verstand.

Ohne noch weiteres abzumarten, riß er an der Brusttasche einen Dolch und legte die verstorbenen Frau nicht weniger als 7 Stiche in den Leib. Einer davon traf das Knie und die Frau hatte noch so viel Kraft, sich nach rückwärts zu werfen, so daß sie die Tür hinter sich zuwarf und zu Boden fiel.

Die Wirtin, die anfänglich bei der Auseinandersetzung dabei war, flüchtete, als er das Messer gezogen und den ersten Stich geführt hatte, auf die Straße.

Nach seiner grauenvollen Tat setzte sich er auf sein Knie und fuhr nach Wittenberg zu. Unterwegs will er noch einige Handwerkerburschen getroffen haben, die ihm Selbstmordgedanken ausgedrückt haben sollen und ihn veranlaßt hätten, sich freiwillig der Polizei zu stellen. Das geschah auch gegen 8 Uhr abends, am gleichen Tage, meldete sich er in Pratau bei Wittenberg dem Landjäger mit den Worten: „Berichten Sie mich, ich habe heute meine Frau niedergeschlagen.“ Als er am nächsten Tage, nach Wittenberg überführt, erfahren mußte, daß seine Frau an den Folgen der Verletzungen gestorben sei, machte er in der Zelle einen ernsthaften Selbstmordversuch, indem er sich einen tiefen Schnitt in den Unterarm beibrachte.

Das Schwurgericht verurteilte den verurteilten, unheimlich und mit der Wahrheit außerordentlich zurückhaltenden Angeklagten zu 6 Jahren Zuchthaus. Witternde Umstände wurden ihm verjagt. Der Staatsanwalt hatte 7 Jahre Zuchthaus beantragt. Die Untersuchungsbehörde wurde ihm voll angedreht.

Es ist von Wichtigkeit zu erfahren, welche Kinder mit dem kleinen Herbert, der beim Spiel einen kleinen Rohrstock bei sich trug, gespielt haben. Beteiligte war Herbert Zanner mit einem anderen Arbeiter, der einen Metzgerknüttel hatte, außerdem ein Arbeiter, dessen Krämpfe sehr schwere hohen Schindelfäden und einer sogenannten Jodermisse. Sachverständige Angelegenheiten die Kriminalpolizei, Zimmer 60/61 und 23, entgegen.

SPD., Ortsverein Halle

In dieser Woche finden folgende Ortsbestimmungsveranstaltungen statt:

- Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr:
4. Ortsbest.: Lokal Max Kloppe, Gartenbergstraße. Redner: Gen. Prof. Reichwein.
 5. Ortsbest.: Lokal „Zum gemütlichen Fröh“, Kleine Brauhausstraße.
 6. Ortsbest.: Lokal „Zwingerhöfen“ in der Jungferntorstraße.
 7. Ortsbest.: Lokal „Bismarck“, Bismarckstraße.
 8. Ortsbest.: Lokal „Zum goldenen Hahn“, Bismarckstraße.
 9. Ortsbest.: Lokal „Wasserwinkel“, Vortrag über aktuelle Tagesfragen.

Freitag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr:

1. Ortsbest.: Lokal „Reichsader“, Vortrag des Genossen Babich.
 2. Ortsbest.: Lokal „Volkspart“, Burgstraße.
 3. Ortsbest.: Lokal „Gewerkschaftshaus“, Burgstraße.
 4. Ortsbest.: Lokal „Schreibergarten“, Redner: Genosse Blumenstein.
- Die Mitglieder werden ersucht, in diesen Bestimmungen ausdrücklich zu erscheinen.
- Das Sekretariat.

Kameraden der Eisernen Front

Alle Kameraden der Eisernen Front sowie die Kollegen der Gewerkschaften werden auf den am Donnerstag, dem 6. Oktober, abends 7.30 Uhr, im „Volkspart“ stattfindenden Plenum eingeladen. Die Tagesordnung, Redner und Redaktionen sind mit Ihren Angehörigen ganz eingeladen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Reiseplan am Stadttheater

Nun haben sich überaus auch am holländischen Stadttheater ein paar Hochzeiten gefunden, die den Kunstbetrieb nationalit. versehen wollen. Allerdings war gleich die erste Veranstaltung der „Bezirksbühne Stadttheater“ im „Reinholdshaus“ ein böser Mißfall. Die „Reinholdshaus“ mochten nicht erscheinen und der „Kampf“ lud sich recht mögliche Entschuldigungen hieran aus. Die Mitglieder des Stadttheaters sind eben zum größten Teil doch intelligenter als die betrieblamen Kassenführer der Stadttheater. Dazu kommt, daß die inneren Kassen, die Reiten ihrer Organisation und das Erwerben über die verordneten Kassaführer recht auffällend gewirkt haben. Wir werden noch Gelegenheit finden, die Treibe dieser „Bewegung“ am Stadttheater und ihre Willkür unter die Lupe zu nehmen. So kühnheitlich der Boden ist, aber einen „Kampfgewinn“ der „Kassaführer“ hat er bereits aufzuweisen, der – soweit wir richtig unterrichtet sind – nach gegenwärtiger Tätigkeit beim DSB. über seine Parteistellung gefunden hat. Auch über diesen Herrn wird nach zu sprechen sein. Jedemfalls werden wir dem Erwerb dieser Gruppen unsere Aufmerksamkeit widmen, denn wir können nicht zugeben, daß das holländische Stadttheater nach völlig gestört wird.

Devisenschieber ins Ausland geschickt

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde das Vermögen des Kaufmanns Julius Goldberg beschlagnahmt, der nach verbotenen Goldberg ins Ausland gegangen ist. Goldberg ist vor einiger Zeit mit etwa 100 000 RM. in die Schweiz gereist, wo er Aktien kaufte. Nach Deutschland zurückgekehrt, flüchtete er dann in die Schweiz.

Auf oberster Stufe steht Juno

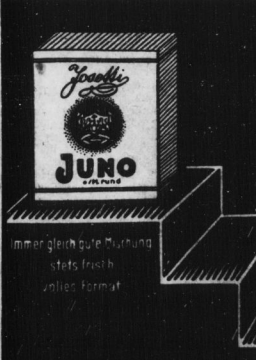
weil Ihre Raucher an diese beliebte Joesetti-Marke die höchsten Ansprüche stellen und immer sicher sind, sie in Juno erfüllt zu finden. Die Verwendung bester Tabake in ausgeglichener Mischung verschafft die guten

JUNO

ihren wohlverdienten Ruf und muß Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickerereien ausschließen.

Die „Juno-Qualität“ führte zum „Juno-Erfolg“!

6 STÜCK 208



Möbelwagen rollen

Das der Stähler schon lange nicht in diesem Umfang erlebt hat, jetzt steht er wieder: Tag für Tag. Möbelwagen rollen fast ununterbrochen durch die Straßen der Stadt. Nicht nur innerhalb der Stadt wird umgezogen, auch von einer Stadt zur anderen, von der Stadt auf das Land rollen die Wagen, die die Dörfelgeiten der Leute bergen, die sich ein anderes, meist ein kleineres Heim jucken müssen.

Gerade diesen Zug von der Stadt auf das Land kann man jetzt häufiger stellen, denn schon allein die Stadtrandrückbildung zieht 116 Siedlerfamilien von der Stadt Halle hinaus nach Reudewitz. Die kleinen Möbelwagen, die nennen die Siedler nicht mehr ihr eigen, rollen fast jeden Tag hinaus.

Reben diesem Fortzug aus der Stadt läßt sich nach den Feststellungen des Möbeltransportvertrages aber noch ein anderer Zug feststellen: der Zug vom Norden Deutschlands nach bestem Erden und der Zug von Osten nach Westen. Diese Feststellung findet man immer wieder bestätigt, wenn man die Ortsbezeichnungen der rollenden Möbelwagen fest ansieht.

So bringt der Umzugsstermin des Oktobers eine Abwanderung der Bevölkerung. Der Kapitalismus, der seine stabilen Wirtschaftsverhältnisse meist gewahrt haben kann, wirft den Arbeiter hin und her, wirft ihn von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte, reißt ihn vom Boden in dem er wurzelt. Mobernes Konvention, das sich erst verändert wird in der sozialistischen Plannirtschaft. W. K.

Minister Warmbold beim Stahlheim

Da geht er auch hin.

Der Stahlheim gibt bekannt, daß nach dem Sonnabend Reichsarbeitsminister Warmbold und der Reichsstatistikar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Präsident Syrup, nach Halle kommen wollen, um seine sozialistischen Einrichtungen zu besichtigen. Man weiß, daß Warmbold eine besorgten gemessen ist, die die unheilvollen Bestimmungen der letzten Novemberordnung gegen den Tariflohn und die Abtragung der Unterhaltungsgebühren durchgegriffen haben. Er ist also nicht der erste Vorkämpfer der Regierung, sondern steht an exponierter Stelle den Russen gegen die wertvolle Bevölkerung durch. Dieser Minister geht zu den „sozialen Einrichtungen“ des Stahlheims.

Bemerkungen und Bemerkungen

„Mittelungen unter dieser Rubrik haben die W. K. mit uns mit der Regel besprochen werden. Die Bemerkungen können hier mitgeteilt werden.“

„Herrnstand der Arbeitsbeschäftigten, Arbeitsbeschäftigter und Arbeitsbeschäftigter. Die Arbeitsbeschäftigten sind am 4. Oktober abends 10 Uhr im kleinen Saal des „Hollspart“, Burgstraße, statt. Karstadt Riemann spricht über: „Das Arbeitsbeschäftigtenprogramm der Reichsregierung und die Arbeitsbeschäftigter“. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Das Mitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen.“

„Wir versprechen uns anherstehend die von Ihrer Tätigkeit bei unserem Blatt, Herr Enut. Dies brauche ich Ihnen wohl nicht besonders zu versichern. Unter Verlagsdirektor, Herr Willen, hält, seit er Ihre Bekanntheit in Reudewitz gemacht hat, sehr große Stücke auf Sie. Und ich persönlich bin dem Dienst unseres Blattes treu zu leben. Allerdings glaube ich, daß es wünschenswert wäre, wenn Sie sich mit dem Willen unserer Stadt vertraut machen, bevor Sie an die Arbeit gehen.“

„Ich kenne Sie recht, Herr Enut, gibt Enut schnell zu. Ich bin ein Mann, der sich nicht über Monate hinweg. Das genügt. Enut. Das genügt vollkommen. Und übrigens erwarte ich auf Grund der Vereinbarungen mit Herrn Willen, daß mir zwei oder drei Hilfskräfte zur Verfügung gestellt werden.“

„Wie Sie wünschen. Ich habe den Auftrag, Ihnen in jeder Weise zur Verfügung zu stehen. Wir befinden uns in harter Konkurrenz mit dem „Radetzky“ und hoffen, daß Ihre Bekanntheit das Renommee unseres Blattes zu leben. Aber dies wird Ihnen ja schon alles Herr Willen gesagt haben, so daß ich annehme, daß von meiner Seite nichts mehr hinzuzufügen wäre. Und, und jetzt halte Herr Enut für eine maßgebende Gedächtnis, hätte ich, wie mir gerade einfällt, eine Sache für Sie, mit der Sie sich die ersten Spuren in Berlin verschaffen könnten. Ich würde vielleicht, daß der amerikanische Staatssekretär Cobbin mit einer fahrenden Finanzgrößen gestern in Berlin eingetroffen ist.“

„Ja“, sagt Enut, „sie sind mit dem gleichen Schiff wie ich herübergekommen.“

„Oh — das trifft sich herrlich. Es geht nämlich das Gerücht um, daß Cobbin hier eine ganz besondere wichtige Mission zu erledigen hat. Aber es konnte leider nicht sicher ermittelt werden. Das Amerikanische Amt hält sich in distanzierter Weise, und unsere Reporter, die sich nicht an Cobbin persönlich, teilen an seine Begleiter bezugsnehmend, hatten immer noch keine genaue Auskunft. Die Herren wollen grundsätzlich keine Interviews erteilen. Wie wäre es, wenn Sie versuchen wollten, aus Cobbin wenigstens eine Andeutung herauszupressen. Sie wissen, man munkelt von Verhandlungen mit Ausland und ...“

„Gut“, sagt Herr Enut, „unterbreicht ich Ihnen, alle Bemerkungen. Ich gebe nichts auf, was, was gemunkelt wird. Wenn es nicht auf mich ankommt.“

(Fortsetzung folgt.)

Halten die Gewerkschaften die Streiks gegen die Notverordnung für berechtigt?

Gleichzeitig als Antwort an die kommunistische Tagespresse

Eine amtliche Mitteilung der Reichsregierung über die Notverordnung, die Gewerkschaften gegen die Notverordnung die Streiks für berechtigt, sich als unrichtig erwiesen habe. Der „Rajenamt“ vom Sonnabend, dem 1. Oktober, über die am 1. Oktober unter der Überschrift „Streiks gegen die Notverordnung“ veröffentlichte, fragt unter anderem, ob die Regierung behauptet hat? bekanntlich, knüpft daran die Bemerkung: „Danach müssen die Gewerkschaften für die Notverordnung gegenüber in der Richtung hin geändert werden, daß die Streiks für unbedeutend gehalten.“ Der „Rajenamt“ vertritt es also so hinsichtlich, als wenn die Führer der freien Gewerkschaften die Streiks gegen die Notverordnung für unbedeutend erklärt haben, obwohl die gleiche amtliche Erklärung einen Streik gegen die Notverordnung erklärt, indem man die Gewerkschaften der künstlichen Schärung der Aufstandsbewegung beistimmt. Aber selbst wenn die Regierung das letztere nicht zum Ausdruck gebracht hätte, so geht doch aus dem Satz, daß die Notverordnung, die Gewerkschaften der Notverordnung hier die Streiks für berechtigt, sich als unrichtig erwiesen habe, hervor, daß lediglich nicht alle Gewerkschaften den Standpunkt der freien Gewerkschaften einnehmen. Jenseits davon, auf die Gewerkschaften und Gewerkschaften, die sich für die Notverordnung für unbedeutend erklären, ist eine Frage für sich. Aber die will ja der „Rajenamt“ nicht treffen, sondern er will mit seiner Behauptung nur erreichen, daß in den Reihen der Mitglieder der freien Gewerkschaften Unzufriedenheit hineingebracht wird, damit die kommunistische Partei ihre Bestrebungen, die die Notverordnung durchzuführen von den freien Gewerkschaften Vorteile erreichen kann.

Aber selbst, wenn man den Satz der amtlichen Erklärung so lesen möchte, wie ihn der „Rajenamt“ gern so lesen möchte, so ist es doch nicht möglich, sich zu sagen, daß die Notverordnung, die Gewerkschaften der Notverordnung hier die Streiks für berechtigt, sich als unrichtig erwiesen habe, hervor, daß lediglich nicht alle Gewerkschaften den Standpunkt der freien Gewerkschaften einnehmen. Jenseits davon, auf die Gewerkschaften und Gewerkschaften, die sich für die Notverordnung für unbedeutend erklären, ist eine Frage für sich. Aber die will ja der „Rajenamt“ nicht treffen, sondern er will mit seiner Behauptung nur erreichen, daß in den Reihen der Mitglieder der freien Gewerkschaften Unzufriedenheit hineingebracht wird, damit die kommunistische Partei ihre Bestrebungen, die die Notverordnung durchzuführen von den freien Gewerkschaften Vorteile erreichen kann.

Hilfsbefehl gegen Rolf Schulze

Der Nazi-Befehl ist beschleunigt.

Sonnabend vormittag sollte vor dem hiesigen Jugend-Schöffengericht der Ueberfall auf den Reichsbannermann Jahn verhandelt werden, der während der letzten Nacht verhaftet und bei dem der Ueberfall mit einem Teil fortgesetzt wurde. Die Verhandlung wurde durch den Reichsbannermann Jahn abgebrochen, weil er sich nicht an der Verhandlung beteiligen wollte. Die Verhandlung wurde durch den Reichsbannermann Jahn abgebrochen, weil er sich nicht an der Verhandlung beteiligen wollte. Die Verhandlung wurde durch den Reichsbannermann Jahn abgebrochen, weil er sich nicht an der Verhandlung beteiligen wollte.

Der Mann mit dem Jagdschein

Roman von Georg Strehlker

Copyright by Kurt Schöler & Co., Berlin-Brandenburg.

1) (Hauptstadt verboten.)

Erstes Kapitel

„Großes Eichenbaumhain in Frankreich ... bisher lieben Tote und schmerzhaft Verlebte ... vermutlich verbreiteter Anschlag ... nähere Einzelheiten werden demnächst ... Mit glühenden Beten soll die Wundertat am Tage des Verdingpalastes vorbei, obgleich der Tag erst im Verdingpalast ist. Die Leute, die aus dem Virus und Kanjelen herauskommen, bleiben stehen, farzen in die Höhe, hören in die Läden herum, setzen ihre Anker auf und beschließen sich. Vor dem Hauptportal haufen sich die Autos, Zeitungshändler streuen wir durcheinander, ein Diktator preist herunter die Birnen an, sich wie Jucker, nicht wachen ein Quellen Regierender, der sich um einen herrlichen, schmeißenden, bestig getriebenen Menschen sammelt. Herrschaften! Herrschaften! aufgepaßt! Tod den Hebräerinnen! Hier heißt die ewige Beigefahr, unheimlich, elegant, Preis fünfzig deutsche Reichsmark.“

„Süßen tränen durcheinander, die Röber der elektrischen Strögenbahnen knirschen in den ausgetretenen Gleisen, Wägenfahrer dümmeln, Schaffner schreien die Haltestelle aus, dort und da Hammen die ersten Kugeln in den Schanzenfronten auf, und immer mehr Menschen legen über die Straße, Frauen mit Koffern, Männer mit Aktentaschen, Mädchen mit Tüchern und lödenden Hüllen, Postkastenjunglinge, die ängstlich den briefgefüllten Postkorb umarmt halten, die Bagagenwagen knirschen lassen, sich aber die an der Seite hinstürzen, um das Hochgebäude fertig.“

„Während er sich über den Zeitungspalast die tote Schrift, Schanden bergehen, blane Letzter tanzen auf und wackeln ... Beachten Sie heute unsere erste Beilage: Wie heißt ich den Mann? Das Geheimnis des Ehegatten!“

„Und schon geht das Echo von unten hinauf, heulende Zeitungshändler, welche die Titel verlesen und laut rumpelnd die Wörter (Schmerz), „Großes Eichenbaumhain ...“ hier leben Tote ... wie jede ich den Mann? ...“

Durchführung der Notverordnung von 5. September, die gesamten Wirtschaftskräfte auf das höchste gehoben, weil Selbstverleumdungen mit Anweisung des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums beauftragt worden. Firmen in Berlin, Leipzig, Siedlerstädten und anderen Orten haben Anträge wieder zurückgenommen, weil die einzelnen Firmen allein zum Kampf zu schwach und Solidaritätsmaßnahmen der Arbeitgeber unmöglich. Infolge dieser Ereignisse scheuen andere Firmen Lohnverhandlungen durch Anschlag zurückzugehen. Umfang der Selbstverleumdungen der Arbeitgeber erheblich größer als aus Streikbewegungen und Presse hervorzuheben scheint. Erhalten bringende Mitteilung, welche die Reichsregierung zu tun geneigt, um ihrer Notverordnung vom 5. September Achtung und Durchführbarkeit zu verschaffen.“

Auch dieses Telegramm trägt den „Rajenamt“ gegen. Wir können weiter berichten, daß das Reichsarbeitsministerium die Vertreter der Metallarbeiterverbände zu tun geneigt, um ihrer Notverordnung vom 5. September Achtung und Durchführbarkeit zu verschaffen.“

Die Gewerkschaften halten den Überhand gegen die Notverordnung für berechtigt und notwendig und unterstützen ihn weiter mit allen Kräften.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß die Reden einer Sitzung, die die Tagesfragen kennt, solche Beschäftigungen ausstreuen mocht und dabei noch vorgibt, der Einigung der Arbeiterseite zu dienen sowie geschlossene Arbeitsmaßnahmen gegen die Reaktion zu unterstützen. In der Tat ist es eine große, im Reichsarbeitsministerium der Arbeiter zu jeder Zeit vorhanden, in der Zeit besonders, wo es gilt, größte Einigkeit und Geschlossenheit an den Tag zu legen. Deshalb fragen wir:

Wie lange wollen sich die kommunistischen Arbeiter solche Schwandbein von ihrer Partei und Presse noch gefallen lassen? W. K.

Wahlverstehe festgenommen

Die in letzter Zeit in Halle erfolgten Diebstähle von Kraftwagen konnten in kurzer Zeit aufgeklärt werden. In der Nacht zum 3. September wurden in der Wohnung zwei Wahlverstehe aus Halle festgenommen, die sich mit einem in Brandenburg gelohlenen Kraftwagen die Stadt in Richtung Halle durchzogen. Bei den näheren Ermittlungen tauchte hier die Vermutung auf, daß die Festgenommenen auch für Kraftwagenverstehe in Halle in Betracht kommen könnten. Dieser Verdacht stellte sich als begründet heraus. Die nach Halle überführten Täter sind nunmehr gefänglich, drei Verurteilten in Halle gefangen und nach Berlin zum Verhaft gebracht zu werden. Die Wagen wurden in Berlin beschlagnahmt und sind den Eigentümern bereits wieder ausgehändigt.

„Oh“, ruft sie überrascht, „der erwartete Chefreporter aus Reudewitz?“

„Er nicht, „Ganz recht!“

„Man hat hier schon viel von Ihnen gesprochen“, sagte sie nach. Die Wiene des Kochs, die nicht die Anredebedeute des Chefs aufweist, ist es, die sie mit einem in Brandenburg gelohlenen Kraftwagen die Stadt in Richtung Halle durchzogen. Bei den näheren Ermittlungen tauchte hier die Vermutung auf, daß die Festgenommenen auch für Kraftwagenverstehe in Halle in Betracht kommen könnten. Dieser Verdacht stellte sich als begründet heraus. Die nach Halle überführten Täter sind nunmehr gefänglich, drei Verurteilten in Halle gefangen und nach Berlin zum Verhaft gebracht zu werden. Die Wagen wurden in Berlin beschlagnahmt und sind den Eigentümern bereits wieder ausgehändigt.“

„Das ist das, mein Fräulein!“

„Erinnern Sie das, mein Fräulein, sind ein Jagarett an, bläst den Rauch in Rindeln in die Höhe. Da öffnet sich schon die Lobergepölkste Lär zum Gelpfeimer.“

„Herr Klutz! Ich bitte“, sagt das Fräulein mit einem Lächeln.

„Dann tritt er ein. Eine schwere Fleischschuppe erhebt sich an dem Schmalz. Hühnerfleisch, Hühnerfleisch in gelber Umarmung, breites Gesicht mit fleischigem Doppelinn, laß kalter Schöbel, an der Welle eine baumelnde Uhrzeit — das ist der erste Eindruck.“

„Das ist aus Reudewitz?“

„Ja!“

„Ganz langsam, mit scharfer Betonung kommt das heraus.“

„Ich habe, daß Herr Willen ...“

„Herr Willen ist seit vorgestern bereit, wie Ihnen bekannt ist, an der Grenze für meine Partei. Nach Ihrem Telegramm hatten wir Sie schon vor drei Tagen erwartet, Herr Enut.“

„Das sollte vorerstwohl klingen.“

„Zu mir außerordentlich leid, Herr Klutz. Es ist etwas dazwischen gekommen. Die Besuche sind mir sehr lieb, aber ich habe keine Zeit, um in ausführlicher Weise interessiert. Wenn nicht zufällig ein Herr Strom dazwischen, der mich legitimiert und meine aus den Papieren ersichtliche Identität bestätigt, ich sage noch jetzt im sicheren Gewissamen.“

„Das allerdings peinlich. Darf ich vielleicht wissen, wann dieses Interesse der Polizei begründet war?“

„Nebenbei, Wäber Klutz! Eine Vernehmung, wie ich solchen schon öfters zum Opfer gefallen bin. Aber vor allem — ich möchte mich zum Dienstantritt melden. Ich bin seit heute mittig in Berlin und will nun endlich einmal anfragen.“



Neue schwierige Probleme in Südost-Europa

Großjugoslawien oder Großserbien?

Hinter den Sirenen, die in Südosteuropa der Zukunft zugerufen waren, ist jetzt für Serbien, das alle Südslawen in eine nationale Gemeinschaft gliedern; die Notwendigkeit ihres Zusammenflusses vor ihrerlich zu begründen wie die deutsche oder die italienische Einigung.

Der Begriff Südslawen aber umschließt nicht nur Serben, Kroaten und Slowenen, sondern auch die Bulgaren. Schon zu Zeiten der Mächtigkeit der Errichtung eines gemeinsamen serbisch-bulgarischen Staates nahergerichtet, so legte die eigenwillige Politik der Großmächte Serben und Bulgaren immer aufs Neue auseinander. Der Balkanbund von 1912 war eine flüchtige Episode, der zwei bis zum Weltkrieg geführte serbisch-bulgarische Kriege, 1913 und 1915 bis 1918, folgten. Der Ausgang des Weltkrieges schien zwischen Belgrad und Sofia erst recht einen unüberbrückbaren Abgrund zurückzulassen. Aber wenn in den Kriegsjahren „rassistischer“ Sphodrum den Unstimm ausdehnte, die Bulgaren hätten als „Summen“ mit den übrigen Slawen nichts zu schaffen, betonte die große Bauernpartei in den ersten Lebens- und Hungerjahren nach Friedensschluß, die Bulgaren müßten sich auf Gebiete und Berberben mit den übrigen südslawischen Völkern verbinden; ihres Führers Stambulistischer Lösung hieß: „Ich bin weder Serbe noch Bulgare, ich bin zunächst Südslaw!“ Nur verstand in Belgrad die miträufliche und zurückhaltende Politik die Stunde nicht zu nutzen, und als im Juni 1923 ein reaktionärer-chaotischer Staatsstreich die Bauernpartei niederstieß und Stambulist verhaftet, löste sich die Idee eines Zusammenflusses von Jugoslawien und Bulgaren für lange verflüchtete.

Nur in der Jugend glühte der Funke weiter: es gibt eine akademische „Liga zur Annäherung und Einigung“ aller Südslawen, in 14 Universitätsstädten meist Deutschlands, Frankreichs, der Schweiz und der Schweizswalder, kroatische, slowenische und bulgarische Studenten zu Millionen gehen und deren erster Kongreß in Prag 1930 von einem Bulgaren, dem sehr rührigen Dr. Stanjischew, geleitet wurde; das Wirken dieser Organisation führt auf der Erkenntnis, „daß der nationale Zusammenfluß der Südslawen in eine kulturelle, wirtschaftliche und politische Gesamtheit ein Ziel ist, das sich bei der Möglichkeit der Bedeutsamkeit in anderen Kreisen als der Jugoslawen: An einer Kritikerin der „Katholischen Rundschau“ trat unlängst der angesehenste Soziologe Professor Mikalischew mit Wärme und Überzeugungsraft für die Bildung eines jugoslawischen Föderativstaates mit Einbeziehung Bulgariens ein; in gleicher Richtung: ein Großjugoslawien von dem Poptus zum Adriatischen Meer bis zum Bosphorus und als als bekannter Publizist Nikola Antonow, vor, der noch wenige Monate vorher sich nicht besonders jugoslawenfreundlich geäußert hatte.

Beider kluges Vorgehen löste wie eine Bombe ein; in Jüt und Wägen schloß sich die öffentliche Meinung über der Frage des Zusammenflusses von Belgrad und Sofia.

Allerdings liegt Makedonien als Stein des Anstoßes auf dem Wege zur Einigung. In Belgrad heißt's: „Ehe die Bulgaren nicht in aller Form auf Makedonien verzichtet und ihre makedonischen Antrittskommissionen zurückziehen, keine Annäherung!“ Aus Sofia schallt die Antwort: „Ehe die Serben nicht die Bulgaren zum Makedonien zugestehen und ihnen bulgarischen Unterricht und Gottesdienst einräumen, keine Annäherung!“ Aber gerade Makedonien besitzt die geographische Lösung, denn eine vollständige Lösung des Problems ist nur im Rahmen der großjugoslawischen Einheit möglich. Wie werden sich Belgrad und Sofia einig sein, ob die Makedonien Serben oder Bulgaren sind, aber daß sie Südslawen sind, unterliegt keinem Zweifel. An diese Laufsache antwortend, hat der Führer der jugoslawischen Sozialdemokratie, Dr. Topolowitsch, in einer für den Balkanbund die Trömmel rührenden Schrift leuchtend dargelegt, daß es für einen Staat Großjugoslawien ganz gleich sein kann, ob sich die Makedonien von national bewußten Serben, national bewußten Bulgaren oder von national bewußten Jugoslawen entwickeln, da nach Wegfall der Grenzen zwischen Belgrad und Sofia „die nationale Zugehörigkeit der Makedonien keinerlei Einfluß auf Stärke und Sicherheit des Staates mehr hat“; er sieht dann tief hindernis weg dafür, daß die bulgarische Kultur ihre Verbreitung in Makedonien entfaltet. Wenn für Topolowitsch der nationale Zusammenfluß aller südslawischen Stämme nicht nur das höchste Bollwerk gegen die Einmischung einer Großmacht in die balkanischen Angelegenheiten, sondern auch eine notwendige Vorbedingung für Balkanbund und Panuropa ist.

begleitete sich in unserem Sozialistischen „Jarod“ der bulgarische Genosse Sotir Janew gerade nicht für Großjugoslawien, das ihm utopischer und friedensgefährdender erscheint als ein dauerhaftes Bündnis aller Balkanstaaten.

Wie dem auch sein mag, ins Schwarze tritt

Sotir Janew, wenn er davor, daß die bulgarische Definitivität für das Ziel des „integralen Jugoslawien“ nur außerordentlich langsam anzuwenden werde, wenn etwa das Jugoslawien von heute als Mutter für das integrale Jugoslawien von morgen seine Anziehungskraft bewahren solle. In der Zeit ist die schiedt verlor die Diktatur der Belgrader Machthaber ebenso ein Hindernis für die Vermittlung von Serben, Kroaten und Slowenen im jugoslawischen Staatsgebäude wie für die Annäherung der Bulgaren an den jugoslawischen Staat; der Despotismus löst nirgendwo eine Hand hinter dem Ofen hervor.

Einer jener Serben, die sich das erkrankte Großjugoslawien nicht als ein erweitertes Großserbien vorstellen, sondern der Lösung der Einigung mit den Bulgaren ohne imperialistische Nebengedanken anhängen.

Die Belgrader Universitätsprofessoren Dr. Dragoljub Somanowitsch, nicht nur eine

Beachte der Wissenschaft, sondern auch ein tüchtiger und klarer politischer Denker und als Ideologe des linken Flügels der serbischen Bauernpartei Anhänger einer echten, sozial betonten Demokratie. Daß sich dieser einsichtsvollen und weitgehenden Geist, der durch die Freiheit seiner Meinung auch widerstrebenden Bulgaren den Gedanken des Zusammenflusses beider Völker mündig gemacht zu machen wüßte, nach viermonatiger Haft am 19. September mit zwölf Gefährten wegen „Vergehens gegen das Staatschutzgesetz“ vom Auswandereramt verantworten muß, beweist am bündigsten, wie wenig von denen, die heute — wie lange noch? — in Belgrad das Heft in Händen haben, ein Schritt auf dem Wege zum wahren jugoslawischen Einheit zu erwarten ist. Ein Schlag, mit Rücksicht auf Erfolg ein Schlag kann diese Weg nur die Demokratie, die in Jugoslawien nur geteilt und auch in Bulgarien erst eine Zukunftshoffnung ist.

Hermann Wendel.

Bracht sorgt für Sittlichkeit

Neuer Erlass über Zöbelange

Brachts Sittlichkeitserlasse werden jetzt ergänzt durch die im Druck befindliche Verordnung vom 18. August 1932 (Gesetzblatt, S. 280) erhält folgende Fassung: 1. Das öffentliche Rechtsleben ist unterlag. 2. Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt sowie mit angeknüpften Beinen und einem Zwickel versehen ist. Der Rückenanschnitt des Badeanzuges darf nicht über das untere Ende der Schulterblätter hinausgehen. 3. Männer dürfen öffentlich nur baden, falls sie wenigstens eine Badehose tragen, die mit angeknüpften Beinen und einem Zwickel versehen ist. In sogenannten Familienbädern haben Männer einen Badeanzug zu tragen. 4. Die vorstehenden Vorschriften gelten nicht für das Baden in Badeanstalten, in den Männer- und Frauen getrennt baden. 5. Die Vorschriften des Abs. 2 gelten entsprechend für den Strandbadung der Frauen.

§ 2. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. November 1932 in Kraft.

Da fehlt nur noch, daß überall Bilder angehängt werden, wie ein vorrichtiger Badeanzug aussehen soll. Wir vermischen weiter eine Angabe, wie lang die angeknüpften Beine sein müssen. Gerade das ist schon so spät im Jahre Hit. Der große Moskauer Bad in den Badebädern wird als erst im nächsten Jahre stattfinden — wenn Herr Bracht dann nicht seine Erlassen verjüngen ist.

Die Nazis verlieren

Ihre Gemeindevorstände gebrochen

Einigen Bericht. In der Gemeinde Wer-Rattlau im ostpreussischen Landkreis Gutt, der von einer nationalsozialistischen Mehrheit besetzt wird, fanden am Sonntag Neuwahlen zum Gemeindevorstand statt. Die Nationalsozialisten verloren gegenüber der letzten Gemeindevorstand im Mai 1932 20 Prozent Stimmen, während es allen übrigen Parteien befand. Der Bürgermeister, gelang auszuführen. Auch die Sozialdemokraten konnten ihren Stimmenanteil über die letzten Wahlen vergrößern und auch der Reichspartei gelang es. Sie ist zur fünften Partei geworden.

Nazis verleumdend die Volksfürsorge

Das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unternehmen wehrt sich

Wesmer, 3. Oktober. Eigener Bericht.

Die Nazis sind in letzter Zeit mit der Bugebauern gegangen, die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche K.G. - Gesellschaften, unternehmen in Deutschland überhaupt — sei pleite. Nun ist der Volksfürsorge diese Sache zu dem geworden. Sie hat einen der Hauptredner, den Nationalsozialisten Rabold aus Greis, einen betamten Bauernbetrieber der Nazis, beim Mittel genommen und ihn den Gerichten überliefert. Das Landgericht in Gera beschloß auf Antrag der Volksfürsorge folgendes:

„Durch einseitige Verfügung wird dem Gegner Rabold bis zur Einlieferung des Haupttitels bei Vermeldung einer vom Gericht festzulegenden Summe von unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zwangsverhandlung verboten, die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, die Volksfürsorge ist pleite.“ Der Gegner hat die Kosten der einseitigen Verfügung zu tragen.



Vor dem Grabe der Mäde. Schwere Erdbeben in Ortschaften forderten über 200 Menschenleben, über 900 Verwundete und machten 6000 Personen obdachlos.

Senkt die Mieten!

Forderungen der Mieterorganisationen

Millionen von Mietern können nur noch mit Hilfe der Fürsorgebehörden die Mieten aufbringen. Hunderttausende droht die Emigration. Von einer Senkung der Mieten, die insolge des neuen Wohnbaues dringend nötig wäre, hört man aber nichts. Dem Hausbesitz wird durch Steuererhöhungen und Reparaturzuschüsse erhebliche Zuwendungen gemacht worden. An einen entsprechenden Ausgleich durch Mietensenkung denkt man nicht. Sowohl vom Gesamtverband des Reichsbundes deutscher Mieter (StB Berlin) wie von dem Bund deutscher Mietervereine (StB Dresden) wird auf diesen unangenehmen Zustand mit scharfem Nachdruck hingewiesen. Die Mietensenkung in Neubauten, betont der Vorstand des Reichsbundes, müsse endlich wirksam gehandelt werden, und zwar durch Wegfall der Zins- und Tilgungszinsen für die Hausinhabereigentümer, durch Senkung der Zins- und Tilgungszinsen für die übrigen Hypothekendarlehen, durch Herabsetzung der Zinsen für die Bauern, Gas und Elektrizität unter Wegfall der Zähler- und Messerrenten sowie durch Mietzuschüsse aus öffentlichen Mitteln bei gleichzeitiger Senkung des überhöhten Neubausbesitzes. Die Mieten in Altbauwohnungen können

Eisenbahnkatastrophe

Zahlreiche Tote und Verletzte in Siebenbürgen

Butareff, 3. Oktober. Auf der Bahnstrecke Klausenburg-Konstanz in Siebenbürgen ereignete sich am Sonntag ein furchtbares Verkehrsunfall, das zahlreiche Opfer forderte. Ein nach Zukawitz fahrender Personenzug erlitt auf einem Zahnübergang bei der Station Rupsa einen vollständigen Ausfall einer der beiden Achsen der Lokomotive, die 22 Reisende zu schwerwiegenden Verletzungen brachte. Der Ausfall wurde von dem Zug mitgeführt und völlig verheimlicht. Die Folgen waren verheerend. Von den 22 Insassen wurden 5 auf der Stelle getötet und die übrigen 17 größtenteils schwer verwundet. Sieben der Verletzten wurden in Lebensgefahr. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der Chauffeur des Wagens, trotzdem er den Zug herankommen sah, die Achsen zu überqueren versuchte, da die Schienen offen waren. Der Schenkenmeister, der geschlafen hatte, wurde verhaftet.

§ 218!

Vom Schourgericht Köln wurde eine Frau wegen gewerkschaftlicher Mitwirkung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt; zehn mituntersagte Frauen erhielten wegen passiven Widerstandes gegen § 218 Gefängnisstrafen von drei Wochen bis zu zwei Monaten bei teilweisem Strafaufschlag; zwei Männer, die ihrer Frau zum Braut das Geld zur Begehung der Operation gegeben hatten, kamen ebenfalls mit geringen Gefängnisstrafen davon. Der Staatsanwalt hatte gegen die Hauptangeklagte 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus beantragt. Die Verhandlung entrollte das für diese Zeit typische Bild sozialer Not, die erst den Anblick zu den Verurteilten liefert.

Probleme des Fremdenverkehrs

Die 41. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Bäderverbandes findet zur Zeit in Bad Reichenau statt. Unter Leitung des Vorsitzenden des Verbandes, Dr. Hef-Bischoff, beraten 100 Delegierte, wie der Wollgang der deutschen Bäder geregelt werden könnte. Es sprachen darüber Emilius Georg Schmitt über Organisationsfragen, Geheimrat Dr. Danzberg vom Kaiserlichen Amt in Berlin über die Bedeutung des deutschen Fremdenverkehrs und Dr. Engelmann-Kreuznach über die Bedeutung der deutschen Bäder für die Volksgesundheit.

